

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung  
am Donnerstag, dem 03. Juli 2014, um 19:30 Uhr,  
im großen Saal des Regionalen Bürgerzentrums, Am Markt 2**

---

(Mitgliederzahl laut § 8 GKWG: 23)

**Anwesend:**

- Vorsitzender:** Bürgervorsteher Eckert
- Weitere Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter:** Herr Beyer, Frau Beyer, Herr Bredenbeck, Herr Bsdenga, Herr Diehl, Herr Faust, Herr Heckmann, Frau Höll, Herr Huep, Frau Knarr, Frau Kroske, Herr Pahl, Frau Prange, Frau Reuter, Herr Siering, Herr Steins (ab 20.30 Uhr), Herr Stühmer, Herr Wensierski, Frau Wilken, Herr Hartig, Frau Sameisky
- Bürgermeister:** Herr Hein
- Protokollführer:** Frau Kuhlmann
- Nicht anwesende Stadtvertreterinnen oder Stadtvertreter:** Frau Dreßler, Herr Steins (bis 20.30 Uhr)
- Andere Anwesende:** Herr Hinrichs (Leiter BStvB)  
Herr Mack (Seniorenbeirat)
- Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen und Teilnehmer:** --
- Zuhörerinnen und Zuhörer:** ca. 12 Personen, ab Tagesordnungspunkt 13 nur noch ca. 4 Personen

Bürgervorsteher Eckert begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung vom 25.06.2014 form- und fristgerecht zugegangen und die Stadtvertreterversammlung nach § 38 GO beschlussfähig ist.

Zu dem vorgesehenen Tagesordnungspunkt 9 (19. Änderung und 2. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf - Beratung über die Abwägung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - Abschließender Beschluss -) waren die für einen Beschluss erforderlichen Voraussetzungen kurzfristig entfallen. Es wird daher einstimmig beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen und alle folgenden Tagesordnungspunkte als TOP 9-15 zu behandeln.

Weitere Änderungen werden nicht angeregt.

Es ergibt sich folgende geänderte und genehmigte

## **Tagesordnung**

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 10.04.2014
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Mitteilungen des Bürgervorstehers
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Kindergartengebühren zum 01.08.2014  
- Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung für die städtischen Kindergärten
7. Benutzungsgebühren für die städtische Grundschulbetreuung zum 01.08.2014  
- I. Nachtrag zur Benutzungs- und Gebührensatzung vom 17.12.2012
8. Benutzungsgebühren für die Nutzung der Angebote an der Offenen Ganztagschule der Gemeinschaftsschule in Büdelsdorf zum 01.08.2014  
- Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung
9. 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf  
- Beratung über die Abwägung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange -  
- Abschließender Beschluss –
10. Widmung Kätnerweg nördlicher Teil

11. Projekt „Neubau Heinrich-Heine-Schule“  
Festlegung weiterer Eckpunkte der Leistungsbeschreibung für das Ausschreibungsverfahren im Rahmen des optimierten Mischverfahrens
  - a) Reinigungsleistungen
  - b) Technische Hausmeisterleistungen
  - c) Langfristfinanzierung
  - d) Mensabetrieb
12. Bericht des Bürgermeisters über überplanmäßige Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Obdachlosenunterbringung
13. Einrichtung eines örtlichen Beirates zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
14. Fortschreibung der integrierten Entwicklungsstrategie (IES) der Eider- und Kanalregion Rendsburg
15. Anfragen von Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern

#### **1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO**

Ausschließungsgründe werden nicht genannt.

#### **2. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 10.04.2014**

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

#### **3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen**

Anfragen, Vorschläge und Anregungen werden nicht vorgebracht.

#### **4. Mitteilungen des Bürgervorstehers**

Bürgervorsteher Eckert hat keine Mitteilungen zu verkünden.

## 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Hein hat keine Mitteilungen zu verkünden.

## 6. Kindergartengebühren zum 01.08.2014 - Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung für die städtischen Kindergärten

Stadtvertreter Wensierski berichtet aus dem Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit und verliest die Beschlussempfehlung aus der Sitzung vom 17.06.2014.

Anschließend fasst die Stadtvertretung folgenden

### **Beschluss:**

Die der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die städtischen Kindergärten wird unter Berücksichtigung der Alternative C der in der Anlage 2 und Anlage 3 der Sitzungsvorlage beigefügten Kalkulation der Gebührenhöhen beschlossen.

Ja	Nein	Enthaltungen
20	0	1

## 7. Benutzungsgebühren für die städtische Grundschulbetreuung zum 01.08.2014 - I. Nachtrag zur Benutzungs- und Gebührensatzung vom 17.12.2012

Stadtvertreter Wensierski verliest die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit aus der Sitzung vom 17.06.2014.

Daraufhin fasst die Stadtvertretung folgenden

### **Beschluss:**

Die der Sitzungsvorlage als Anlage 4 beigefügte I. Nachtragssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung für die städtische Grundschulbetreuung wird unter Berücksichtigung der Alternative D der in der Anlage 5 der Sitzungsvorlage beigefügten Kalkulation der Gebührenhöhen beschlossen.

Ja	Nein	Enthaltungen
19	0	2

**8. Benutzungsgebühren für die Nutzung der Angebote an der Offenen Ganztagschule der Gemeinschaftsschule in Büdelsdorf zum 01.08.2014  
- Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung**

Stadtvertreter Wensierski verliert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit aus der Sitzung vom 17.06.2014.

Im Anschluss fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

Die der Sitzungsvorlage als Anlage 6 beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung über die Nutzung der Angebote der Offenen Ganztagschule an der Gemeinschaftsschule in Büdelsdorf wird beschlossen.

Ja	Nein	Enthaltungen
20	0	1

**9. 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf  
- Beratung über die Abwägung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange -  
- Abschließender Beschluss -**

Stadtvertreterin Höll berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr vom 02.07.2014 und verliert die vom Ausschuss beschlossene Beschlussempfehlung.

Nach kurzer Beratung fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden werden gemäß der der Sitzungsvorlage als Anlage 8 beigefügten Aufstellung zur Kenntnis genommen, berücksichtigt oder nicht berücksichtigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Die Stadtvertretung beschließt die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf.

Der Geltungsbereich der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich im nordwestlichen Bereich des Stadtgebietes von Büdelsdorf und wird im Wesentlichen

begrenzt im Norden durch die südliche Grenze des Schulweges, im Osten durch die westlichen Grundstücksgrenzen der Bebauung westlich Lorenzenweg und Ahlmannallee, im Süden durch die nördlichen Grundstücksgrenzen der Bebauung Heinrich-Jacobs-Platz 5,7 bzw. 9 sowie im Westen durch die östlichen Grundstücksgrenzen der Bebauung östlich Annenstraße, des Grundstücks Neue Dorfstraße 65 und der Bebauung östlich Mittelweg.

Der genaue Plangeltungsbereich ist in der nachstehenden Übersichtskarte durch schwarze Umstrichelung gekennzeichnet.



3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Büdelsdorf zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann.

Ja	Nein	Enthaltungen
21	0	0

## 10. Widmung Kätnerweg nördlicher Teil

Stadtvertreterin Höll berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr vom 05.06.2014 und verweist darauf, dass dieser Beschluss erforderlich sei, um eine eindeutige Rechtswirkung herzustellen. Anschließend verliest sie die von diesem Ausschuss beschlossene Beschlussempfehlung.

Die Stadtvertretung befürwortet diese Empfehlung und fasst den nachstehenden

### **Beschluss:**

Aufgrund des § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) vom 25. November 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 631 ff) in der zurzeit gültigen Fassung ist der

Kätnerweg,

Gemarkung Büdelsdorf, Flur 1, bestehend aus dem Flurstück 222 und 285 teilweise entsprechend seiner Verkehrsbedeutung in die Straßengruppen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 a StrWG als Ortsstraße und nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 b StrWG als sonstige öffentliche Straße einzustufen und dem öffentlichen Verkehr zu widmen.

Ja	Nein	Enthaltungen
21	0	0

## 11. Projekt „Neubau Heinrich-Heine-Schule“ Festlegung weiterer Eckpunkte der Leistungsbeschreibung für das Ausschreibungsverfahren im Rahmen des optimierten Mischverfahrens

Stadtvertreter Beyer bezieht sich auf den Auftrag aus der Sitzung der Stadtvertretung vom 19.12.2013 an den Lenkungsausschuss „Neubau Heinrich-Heine-Schule“, weitere Maßnahmen zur Optimierung der Beschaffung in den Bereichen Finanzierung, Reinigung, Hausmeister (jedoch ohne Personalübergang) zu beraten und der Stadtvertretung zur Entscheidung vorzulegen, sofern dies insbesondere aus wirtschaftlichen oder vergaberechtlichen Gründen geboten ist.

Stadtvertreter Beyer erläutert, dass der Lenkungsausschuss diesen Auftrag erfüllt und dabei zu den unter a)-d) aufgeführten Bereichen Beschlussempfehlungen beschlossen hat.

Er verliest zunächst die Beschlussempfehlung des Lenkungsausschusses zu

### **a) Reinigungsleistungen**

Nach dieser Empfehlung sollen die Reinigungsleistungen - ausgenommen der Mensabereich - **an den Privaten** übertragen werden, während die Reinigung der bestehenden Sporthalle (weiterhin) durch städtische Mitarbeiter erfolgt.

Stadtvertreter Pahl stellt im Anschluss dazu die Sorgen und Nöte der Reinigungskräfte dar, die sich aus der Sicht der SPD-Fraktion aus der bisherigen Befristung bis zum 31.12.2015 ergeben und dadurch verstärkt würden, dass keine gesicherte Option für eine Verlängerung bis wenigstens 2017 (Fertigstellung des Schulneubaus) gegeben sei. Er äußert für die SPD-Fraktion den Wunsch, dass wenigstens bis zum Jahr 2017 eine Bestandsgarantie erteilt wird.

Bürgermeister Hein verweist auf den Auftrag der Stadtvertretung, nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Die Befristung der Verträge sei vor dem Hintergrund erfolgt, die Voraussetzungen für die jetzt diskutierte Optimierung zu schaffen. Da die Schulentwicklung bis 31.12.2015 nicht abgeschlossen sein werde, sei eine weitere Befristung bis 31.07.2017 vorgesehen. Dieses sei den Reinigungskräften auch bereits in einem Informationsgespräch entsprechend mitgeteilt worden.

Die Verlängerung der befristeten Reinigungsleistungen bis 31.07.2017 könne durch die Stadtvertretung durchaus nochmals beschlossen werden, die Ausgestaltung der Verträge und die Auswahl der für eine Verlängerung in Frage kommenden Reinigungskräfte sei jedoch „Geschäft der laufenden Verwaltung“. Die Stadt als Arbeitgeber müsse das Recht haben, auch Verträge bei Unzufriedenheit auslaufen zu lassen.

Daraufhin beantragt Stadtvertreter Pahl, den zu fassenden Beschluss um Verlängerung der Befristungen bis 31.07.2017 zu erweitern.

Stadtvertreter Beyer stellt klar, dass für die unbefristet Beschäftigten eine Weiterbeschäftigung garantiert sei.

Stadtvertreter Bredenbeck erklärt für die BWG-Fraktion, dass seine Fraktion grundsätzlich gegen das optimierte Mischverfahren und demzufolge auch gegen eine Übertragung der Reinigungsleistungen sei.

Stadtvertreter Heckmann äußert seine Bedenken, den Beschluss vom 09.12.2013 abzuändern. Nach seiner Ansicht seien unter anderem die angegebenen Zahlen nicht verlässlich und die Qualität und die tarifvertragliche Entlohnung nicht gesichert.

Bürgermeister Hein merkt hierzu an, dass die tarifrechtliche Bezahlung bereits aufgrund vergaberechtlicher Vorschriften in die öffentliche Ausschreibung aufzunehmen ist. Ihm sind gute Erfahrungen aus eigenen Einrichtungen bekannt, so dass nicht pauschal alle externen Dienstleister schlechtere Arbeit liefern würden.

Stadtvertreterin Wilken nimmt Bezug auf die Ergebnisse eines Workshops des Lenkungsausschusses und den Optimierungsauftrag. Sie macht deutlich, wie wichtig die Einsparungen sind.

Stadtvertreter Huep ist der Ansicht, die angegebenen Zahlen seien nicht belastbar und es gehe hier um Menschen.

Stadtvertreter Siering merkt an, dass die befristeten Verträge ohne den Schulneubau vermutlich von vornherein als unbefristete abgeschlossen worden wären.

Nach Aussage einer betroffenen Zuhörerin (Reinigungskraft) herrschen im Kreise ihrer Kolleginnen große Ängste, auch weil gesagt worden sei, dass die Verträge von Kolleginnen, die nicht gut reinigen würden, nicht verlängert würden. Denn bisher seien seitens der Verwaltung keine Schlechtleistungen gerügt worden. Sie vermisse den bisherigen Zusammenhalt und der jetzige Umgang deprimiere sie, zumal es nur um Geld ginge.

Bürgermeister Eckert weist darauf hin, dass die Verwaltung sofort bereit gewesen sei, ein nochmaliges Gespräch über die Thematik mit den Betroffenen zu führen. Dieses sei aber leider nicht zustande gekommen, weil die Reinigungskräfte den Termin abgesagt hätten.

Ein Zuhörer merkt an, dass die Fremdvergabe Geld spare, nur bei Sonderleistungen wäre mit Extra-Zahlungen zu rechnen.

Bürgermeister Eckert greift den Vorschlag auf, die Verlängerung bis 2017 in den Beschluss mit aufzunehmen.

Nach kurzer weiterer Beratung fasst die Stadtvertretung folgenden erweiterten

**Beschluss:**

In Abänderung ihres Beschlusses vom 19.12.2013 beschließt die Stadtvertretung: Im Rahmen des optimierten Mischverfahrens werden die Reinigungsleistungen - ausgenommen der Mensabereich - **an den Privaten** übertragen.

Die Reinigung der bestehenden Sporthalle erfolgt (weiterhin) durch städtische Mitarbeiter.

Die bisher bis 31.12.2015 befristeten Reinigungsleistungen bei der Stadt werden bis 31.07.2017 verlängert.

Ja	Nein	Enthaltungen
13	8	0

**b) Technische Hausmeisterleistungen**

Stadtvertreter Beyer berichtet über die Beratungsergebnisse des Lenkungsausschusses und verliest die entsprechende Beschlussempfehlung.

Stadtvertreter Huep fragt sich, weshalb nicht bei den Hausmeisterleistungen gespart würde, indem diese ebenfalls übertragen werden. Er spricht sich dafür aus, es bei dem bisherigen Beschluss zu belassen.

Nach weiterer kurzer Beratung fasst die Stadtvertretung nachstehenden

**Beschluss:**

In Abänderung ihres Beschlusses vom 19.12.2013 beschließt die Stadtvertretung:  
Im Rahmen des optimierten Mischmodells werden auch die technischen Hausmeisterleistungen **an den Privaten** übertragen.  
Die schulischen Unterstützungsleistungen seitens der Hausmeister erfolgen weiterhin durch städtische Mitarbeiter.

Ja	Nein	Enthaltungen
17	4	0

**c) Langfristfinanzierung**

Stadtvertreter Beyer erläutert kurz den Sachstand im Lenkungsausschuss Neubau Heinrich-Heine-Schule und verliest anschließend die Beschlussempfehlung.

Im Anschluss an eine kurze Beratung fasst die Stadtvertretung hierzu folgenden

**Beschluss:**

Ergänzend zu ihrem Beschlusses vom 19.12.2013 beschließt die Stadtvertretung:  
- Die Langfristfinanzierung wird nicht übertragen.  
- Anschubfinanzierungen werden nicht vorgesehen.

Ja	Nein	Enthaltungen
17	0	4

**d) Mensabetrieb**

Stadtvertreter Beyer berichtet hierzu aus dem Lenkungsausschuss und erläutert, dass eine konkrete Ausgestaltung des Mensabetriebes derzeit schwierig sei. Insbesondere sei die Anzahl der Essen noch nicht zu ermitteln. Deshalb hat sich der Lenkungsausschuss dafür ausgesprochen, die weitere Detailplanung in den zuständigen Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit zu geben.  
Im Anschluss verliest Stadtvertreter Beyer die Beschlussempfehlung.

Die Stadtvertretung folgt dieser Beschlussempfehlung und fasst den folgenden

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt:  
Die Leistungsbeschreibung für die Ausschreibungen des Neubauprojektes Heinrich-Heine-Schule umfasst die technische Ausstattung einer Aufwärmküche mit Cafeteriabetrieb mit Erweiterungsmöglichkeit.  
Nicht ausgeschrieben wird eine Übertragung des Mensabetriebes an den Generalübernehmer.

Ja	Nein	Enthaltungen
19	0	2

Stadtvertreter Beyer verliert die weitere Beschlussempfehlung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Auch diese Empfehlung wird von der Stadtvertretung nach kurzer Beratung befürwortet.

Dementsprechend fasst die Stadtvertretung folgenden weiteren

**Beschluss:**

Die nähere Ausgestaltung und weitere Organisation des Mensabetriebes wird vom Lenkungsausschuss an den fachlich zuständigen Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit übergeben.

Ja	Nein	Enthaltungen
21	0	0

Ca. 8 Zuhörer verlassen die Sitzung.

**12. Bericht des Bürgermeisters über überplanmäßige Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Obdachlosenunterbringung**

Bürgermeister Hein berichtet, dass er überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 10.000,- Euro als Eilantrag zugestimmt hat. Dieser Betrag ist erforderlich für die Anmietung von 3 weiteren Wohnungen für die Unterbringungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Diese überplanmäßigen Aufwendungen können weitestgehend durch die festzusetzenden Nutzungsentschädigungen gedeckt werden.

Die Stadtvertretung erteilt einstimmig die Genehmigung zu dieser Eilentscheidung des Bürgermeisters.

### **13. Einrichtung eines örtlichen Beirates zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen**

Bürgermeister Eckert erläutert den Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes.

Stadtvertreter Stühmer ergänzt, dass im Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales lange über dieses Thema beraten wurde und die Beschlussempfehlung, einen Beirat hierzu einzurichten, mit dem knappen Ergebnis von 4:3 getroffen wurde.

Bürgermeister Hein teilt mit, dass er aus den Hinweisen zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines örtlichen Beirates und aus Informationen zum entsprechenden Beschluss des Fachausschusses immer entnommen hätte, die Angelegenheit nicht zu kompliziert zu machen (z.B. nicht so formal und aufwändig wie beim Seniorenbeirat).

Daraus sei die Idee entstanden, die bisher vom Rathaus in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule (Dolmetscher, Sprachkurse) wahrgenommene Aufgabe im Sinne einer von der SPD-Fraktion angesprochenen Willkommenskultur noch breiter und damit noch ein Stück menschlicher anzugehen.

Gerade vor dem Hintergrund vieler Krisenherde in der Welt sei davon auszugehen, dass diese Aufgabe eher noch zunehmen werde.

Deshalb sei ein pragmatischer, aber auch nachhaltiger Ansatz notwendig.

Haupt- und Ehrenamt müssen gemeinsam diese Aufgabe bewältigen.

Insofern sei die Überlegung gewesen, neben dem Rathaus eine weitere (niederschwellige) Anlaufstelle zu schaffen, bei der aufgrund von bereits vorhandenen Kompetenzen und Netzwerken die Chance bestehe, zusätzliche Hilfen für diesen Personenkreis zu generieren. Das Soziale Dienstleistungs- und Beratungszentrum in Büdelsdorf (SDBZ) vereint bereits im dortigen Kuratorium die örtlichen Wohlfahrtsverbände, die Stadt, die Seniorenwohnanlage mit der Brücke Rendsburg-Eckernförde im Hintergrund und auch ehrenamtliche Potentiale.

Der Leiter, Herr Weiß, koordiniere die dortigen Aufgaben und wäre bereit, mit dem SDBZ als Anlauf- und Koordinierungsstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber in enger Zusammenarbeit mit der Stadt (Herrn Schulte) und der Volkshochschule (Herrn Nordmann) zu agieren und sich zu engagieren.

Er könne sich die Schaffung eines Pools vorstellen, in den sich Menschen mit ihren jeweiligen Stärken ehrenamtlich einbringen. Er selbst würde als Koordinator fungieren und zunächst im Einzelfall den Hilfebedarf jeweils feststellen, um dann kurzfristig festzulegen, wer diesen abdecken könne.

Auftaktgespräche zwischen der Stadt und dem SDBZ hätten bereits stattgefunden.

Ein Grobkonzept werde derzeit erstellt, unter anderem sei auch eine Auftaktveranstaltung geplant.

Das Kuratorium des SDBZ könne, eventuell verstärkt durch die Volkshochschule, selbst oder mit einem „Untergremium“ die Arbeit begleiten.

Finanzielle Mittel stünden voraussichtlich über eine Förderung des Landes für die dezentrale Betreuung dieses Personenkreises in Höhe von ca. 5.000,- Euro jährlich zur Verfügung. Diese Mittel könnten relativ unbürokratisch für Soforthilfen genutzt werden.

Bürgermeister Eckert schlägt vor, einen Integrationsplan zu erstellen.

Stadtvertreter Hartig verweist am Rande darauf, dass dieser Beirat nicht als „örtlicher“, sondern als „sonstiger“ nach § 47d GO geplant war. Er begrüßt den Vorschlag des Bürgermeisters.

Stadtvertreter Steins erscheint und nimmt am weiteren Sitzungsverlauf teil (20.30 Uhr).

Stadtvertreterin Wilken hält es nun nicht mehr für erforderlich, ihre Argumente gegen einen solchen Beirat vorzubringen. Sie schlägt „Alltagspaten“ und „Sprachpaten“ vor.

Stadtvertreterin Kroske begrüßt es ebenfalls, wenn kein neuer Beirat mit eigenem Verwaltungsaufwand errichtet würde und hält den Vorschlag von Bürgermeister Hein für absolut überzeugend.

Dem pflichtet Stadtvertreter Steins bei und erklärt, dass die SSW-Fraktion dem Vorschlag des Bürgermeisters zustimmen werde.

Die Stadtvertretung fasst nach abschließender Beratung den nachstehenden

**Beschluss:**

Die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern wird zusätzlich zu den jeweiligen Leistungen der Stadt nicht über einen örtlichen Beirat bearbeitet, sondern soll als weitere Aufgabe dem Sozialen Dienstleistungs- und Beratungszentrum (SDBZ) übertragen werden.  
Die Verwaltung wird gebeten, ein mit dem SDBZ abgestimmtes Konzept zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung und Entscheidung nach der Sommerpause vorzulegen.  
Die Verwaltung wird beauftragt, über eine Auftaktveranstaltung / einen Aufruf Menschen zu motivieren, bei dieser wichtigen Aufgabe ehrenamtlich mitzumachen.

Ja	Nein	Enthaltungen
22	0	0

**14. Fortschreibung der integrierten Entwicklungsstrategie (IES) der Eider- und Kanalregion Rendsburg**

Stadtvertreter Pahl verliest die Beschlussempfehlung.

Bürgermeister Hein erläutert hierzu, dass der letzte Satz dieser Beschlussempfehlung gestrichen werden müsse, da die Vorlage seitens der LAG

(AktivRegion) dazu noch nicht erstellt sei. Im Übrigen werde der zu fassende Beschluss bereits gelebt.

Bürgervorsteher Eckert bestätigt dies aus eigener Erfahrung.

Bürgermeister Hein ergänzt auf Nachfrage, dass der Stadt hieraus keine zusätzlichen Kosten entstehen würden, da die Stadt Mitglied der GEP (Gebietsentwicklungsplanung) ist und hierüber die Ko-Finanzierung der Kommune jeweils finanziert wird.

Nach kurzer weiterer Beratung fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

**Beschluss der Stadt Büdelsdorf zur Teilnahme und Mitwirkung an dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) des Landes Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der EU-Förderperiode 2014 bis 2020**

Die Stadtvertretung der Stadt Büdelsdorf beschließt, dass die Stadt Büdelsdorf weiterhin Bestandteil der Gebietskulisse der Eider- und Kanalregion Rendsburg (AktivRegion) zur Erstellung einer Integrierten Entwicklungsstrategie für den Zeitraum 2014 bis 2020 bleibt.

Die Stadt Büdelsdorf wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv in den Prozess einbringen und an der Entwicklung der Strategie beteiligen.

Ja	Nein	Enthaltungen
22	0	0

**15. Anfragen von Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern**

Stadtvertreter Bredenbeck blickt auf die vergangenen 6 Monate zurück und stellt fest, dass die Haushaltskonsolidierung noch nicht abgeschlossen sei.

Er bittet darum, hier weiter dran zu bleiben.

Weitere Anfragen wurden nicht geäußert.

**Ende der Sitzung: 20.40 Uhr**

gez. Eckert

\_\_\_\_\_  
Bürgervorsteher

gez. Kuhlmann

\_\_\_\_\_  
Protokollführer